

Ostholsteiner Anzeiger

SONNABEND, 24. FEBRUAR 2018

VORMITTAG ☁️ -1°

NACHMITTAG ☀️ 1°

MORGEN ☀️ -1°

OHA SEITE 7

Hier zu Hause

Versammlung des DRK

KASSEEDORF Die Jahresversammlung des DRK Kasseedorf findet am Freitag, 2. März, um 19.30 Uhr im Café Ehlers statt. Außer der Wahl eines Schriftführers stehen der Tätigkeits- und Kassenbericht des Jahres 2017 und Ehrungen für die langjährige Mitgliedschaft beim DRK Kasseedorf auf der Tagesordnung. oha

Rückblick

Vor 25 Jahren

Mit einer Resolution hat der ostholsteinische Kreistag an das Bundesverteidigungsministerium appelliert, seine neuen Stationierungspläne noch einmal zu überdenken. Kernpunkt des Resolutionstextes ist die Forderung, die Personalstärke der Bundeswehr in Oldenburg/Putlos durch die Verlagerung eines Bataillons mit Flugabwehrkräften-Panzern „Roland“ zu halten. Die beiden Abgeordneten der Grünen-Fraktion stimmten gegen diesen Antrag. In der Antragsbegründung wies Landrat Horst-Dieter Fischer (SPD) nochmals auf die wirtschaftlichen Folgen hin, die mit den derzeitigen Plänen aus Bonn verbunden wären. Bereits nach 1991 habe Ostholstein einen Abbau von 1126 Planstellen hinnehmen müssen. Wenn die neuen Pläne umgesetzt würden, verlöre der Standort Oldenburg weitere 692 militärische und rund 100 zivile Planstellen. OHA, 24. Februar 1993

Mit heftiger Kritik an den bestehenden Bürgerinitiativen und deren Proteste gegen die vom Zweckverband Ostholstein (ZVO) geplante neue Mülldeponie hat sich gestern die SPD-Bundestagsabgeordnete Antje-Marie Steen an die Öffentlichkeit gewandt. Die Bürgerinitiativen würden mit Ihrer überzogenen Polemik die Bürgerinnen und Bürger in Ostholstein verunsichern, sagte Steen. „Eine neue Mülldeponie ist weder ein Skandal noch eine Katastrophe für Ostholstein.“ OHA, 24. Februar 1993

Zugfahren kurios mit dem Rollstuhl

Malente: Rollstuhlfahrer kommt nach Eutin, aber nicht zurück, weil der Bahnsteig an Gleis 1 zu niedrig ist / Bahn verspricht Abhilfe für 2023

MALENTE An seinen Ausflug von Malente nach Eutin erinnert sich Markus van de Loo noch gut. Nicht, weil dem Patienten der August-Bier-Klinik die Rosenstadt so gut gefallen hätte, sondern wegen der Deutschen Bahn. Denn mit dem Zug einigermaßen spontan und mit Rollstuhl von Malente nach Eutin zu fahren und wieder zurück, das funktioniert nicht, wie der Hamburger erfahren musste.

Der 52-Jährige leidet an Multipler Sklerose und ist auf seinen Elektro-Rollstuhl angewiesen. Der Malenter Bahnhof ist zwar nicht als barrierefrei ausgewiesen. Dennoch erhielt van de Loo vom Mobilitäts-Service der Bahn die Auskunft, er könne mit seinem dreirädrigen Elektro-Scooter problemlos nach Eutin fahren. Dafür steigen der Zugführer oder – falls an Bord – der Zugbegleiter aus, holen eine im Zug weggeschlossene Rampe, im Bahnjargon „fahrzeuggebundene Einstiegshilfe“, hervor und ermöglichen damit Rollstuhlfahrern den Einstieg.

Das klappte anstandslos. „Der Zugführer fragte mich, wohin ich fahren wolle und ob ich auch wieder zurück wolle“, erinnert sich van de Loo. Dann kam die unangenehme Überraschung. Er könne zwar nach Eutin fahren, aber nicht zurück, teilte der Zugführer dem verblüfften Rollstuhlfahrer mit. Denn in Malente könne er nicht aussteigen. Der Grund: Dort ist der Bahnsteig in Fahrtrichtung Kiel einige Zentimeter niedriger als auf der gegenüber liegenden Seite. Die Abfahrt mit dem Rollstuhl über die Rampe wird dann zu steil, um gefahrlos aus dem Zug zu kommen.

Der Zugführer schlug van



Weil in Malente der Bahnsteig Richtung Kiel zu niedrig ist, wäre Markus van de Loo nicht aus dem Zug gekommen.

SCHRÖDER

de Loo vor, von Eutin über Malente nach Plön zu fahren und dort umzusteigen, um anschließend wieder zurück nach Malente zu fahren. Ein Blick in den Fahrplan zeigt: Das wird knapp. In Plön bleiben nur zwei Minuten zum umsteigen. Der nächste Zug nach Malente fährt eine halbe Stunde später. Auf den Umweg wollte sich der Rollstuhlfahrer nicht einlassen. Der gelernte Kaufmann, aufgrund seiner Erkrankung seit 2010 Frührentner, leistete sich nach seiner Sightseeing-Tour durch Eutin ein Taxi – für 17 Euro. Da sein Rollstuhl besonders leicht und handlich ist, war das problemlos möglich.

Als Dr. Klaus Stecker, Chefarzt der August-Bier-Klinik, die Geschichte hörte, reagier-

te er mit Unverständnis: „Ich war etwas schockiert über die Erzählung unseres Patienten“, berichtet er. Menschen mit Handicap einen solchen Rat zu geben, wie es der Zugführer getan habe, halte er für eine „absurde Idee“. Hier mangle es offensichtlich an Sensibilität im Umgang mit gehandicapten Menschen.

Beim Mobilitäts-Service der Bahn arbeiteten überwiegend Menschen, die selbst gehandicapt seien, hält Bahnsprecher Egbert Meyer-Lovis dem entgegen. Eine Hin- und Rückfahrt von Malente nach Eutin sei durchaus möglich. Allerdings müsse diese dann mindestens zwei Tage zuvor beim Mobilitäts-Service angemeldet werden, erklärt Meyer-Lovis. Dann komme ein Bahnmitarbeiter, um den

Ausstieg mit Hilfe eines Hublifts zu ermöglichen.

Van de Loo, für den Landesverband Hamburg der Deutschen Multiple-Sklerose-Gesellschaft (DMSG) Mitglied des Vorstands und auch Ver-

„Ein solcher Rat ist eine absurde Idee.“

Dr. Klaus Stecker
Chefarzt

treter im DMSG-Bundespatentenbeirat, ist damit nicht zufrieden. Er glaubt, dass sich das Problem mit geringem Kostenaufwand schnell lösen ließe. „Das einzige, was fehlt, ist eine Erhöhung der Bahnsteigkante auf einer Strecke von etwa zehn Metern“, erklärt er. Das werde beispiels-

weise in Hamburger U-Bahn-Höfen auch so praktiziert. „Das Problem ist seit Jahrzehnten bekannt. Warum man das liegen lässt, verstehe ich nicht“, ärgert er sich.

Egbert Meyer-Lovis verweist auf zahlreiche Vorschriften. Die stünden einer schnellen Lösung dieser Art entgegen. Doch er hat eine gute Nachricht: Für September 2022 sei der Baubeginn für eine Erhöhung des Bahnsteigs an Gleis eins geplant. Finanziert werde die Maßnahme aus einem gemeinsamen Programm der Bahn und des Landes. Meyer-Lovis rechnet mit einer Bauzeit von einem halben Jahr. Es würde zwar noch lange dauern, doch in fünf Jahren wäre der Malenter Bahnhof dann barrierefrei. Bernd Schröder

Bürgergemeinschaft Eutin wehrt sich gegen Nazi-Vorwürfe

EUTIN Mit großem Unverständnis hat der Vorstand der Bürgergemeinschaft Eutin (BGE) auf den in den „Lübecker Nachrichten“ erhobenen Vorwurf reagiert, nationalsozialistisches Gedankengut zu verbreiten. Der Kalender „Eutin in alten Ansichten“, den die BGE für das Jahr 2019 bereits veröffentlicht hat, soll gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuches verstoßen, da auf einem zeitgenössischen Foto des Armenhauses eine Hakenkreuz-Fahne zu sehen ist. Die Staatsanwaltschaft Lübeck hat bereits eine

Vorprüfung eingeleitet (wir berichteten).

„Die Bürgergemeinschaft Eutin hat schon seit Jahren immer einmal wieder Bilder aus der NS-Zeit in ihren Kalendern verwendet, ohne dass dies irgendwelche Ermittlungen nach sich gezogen hat“, sagte BGE-Sprecherin **Regine Jepp** (Foto) gestern.

Die Rückseite des Kalenderblattes mit dem Foto des Armenhauses beschäftige sich

mit der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), so Jepp. „Der Text bezieht eindeutig Position gegen das NS-Regime“, sagte Jepp. Darin heißt es: „Mit ihren ständig expandierenden Wohlfahrts-einrichtungen, Gesundheitsprogrammen und sozialfürsorglichen Initiativen trägt die NSV wesentlich zur propagandistischen Selbstdarstellung des NS-Regimes bei.“

„Die Aufregung ist umso weniger zu verstehen, als dass auch das Dezemberbild eindeutig in die NS-Zeit führt“, so Jepp. Es zeigt auf der Vor-

derseite den Staffelfackellauf, der das olympische Feuer im Jahr 1936 von Berlin nach Kiel gebracht hat.

Die BGE bemühe sich seit mehr als 30 Jahren „um eine adäquate Darstellung geschichtlicher Fakten“, sagte Jepp. Dazu sei es zwingend erforderlich, den strafrechtlichen Schutz, den der Paragraph 86 Absatz 3 des Strafgesetzbuches bietet, zu nutzen – „denn sonst wäre es dem Verein unmöglich, über Episoden aus der NS-Zeit zu berichten, Schüler bei geschichtlichen Referaten zu begleiten, über

das ‚Dritte Reich‘ zu forschen und diese Ergebnisse zu publizieren, wie es unter anderem mit dem Kalender geschieht“, sagte Jepp und versprach, dass der Vorstand bei der zukünftigen Verwendung ähnlicher Bilder „auf eine etwas ausführlichere Bildunterschrift achten“ werde.

Die jetzt noch im Handel befindlichen Kalenderblätter sollen für den Monat April – diese Seite zeigt das Armenhaus – einen punktförmigen Aufkleber erhalten, der „die Fahne des Anstoßes verdeckt“, sagte Jepp. ask